PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Sportpolitik

Nr. 433/14 vom 02. September 2014

Barbara Ostmeier: Die Bewerbung Hamburgs für olympische Sommerspiele braucht mehr Unterstützung der Landesregierung

Nach der gestrigen Bewerbung Hamburgs für die olympischen Sommerspiele hat die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Barbara Ostmeier, die Landesregierung heute (02. September 2014) zu mehr Unterstützung aufgefordert:

„Schön, dass Hamburg sich beworben hat. Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion hat der Schleswig-Holsteinische Landtag noch in der Plenartagung im Juli einmütig einen interfraktionellen Unterstützungsantrag (Drucksache 18/2114) beschlossen. Jetzt ist es an der Zeit, dass sich die Landesregierung richtig ins Zeug legt. Nur so werden wir die notwendige Zustimmung aller betroffenen Bürger und gesellschaftlichen Gruppen erreichen“, forderte Ostmeier.

Wichtig sei, sich immer wieder bewusst zu machen, dass alle Befürworter einer Bewerbung um Olympische Sommerspiele und der Paralympics auf dem Weg zu einer endgültigen Entscheidung einen langen Atem brauchten. In Schleswig-Holstein gebe es mit Kiel und Lübeck die entsprechenden Standorte für die Segel- und Surfdisziplinen, sowie die nötigen Ressourcen, um diese olympischen und paralympischen Wettbewerbe auszurichten. Doch die entscheidende Grundvoraussetzung bleibe jedoch die deutliche Zustimmung der betroffenen Bürger sowie aller gesellschaftlichen Gruppen.

Pressesprecher Dirk Hundertmark Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1440 Telefax: 0431-988-1443 E-Mail: info@cdu.ltsh.de Internet: http://www.cdu.ltsh.de

„Und die kriegen wir nur, wenn wir dafür werben, Informationen liefern und Bedenken ausräumen“, so die Sportpolitikerin.

In einer Kleinen Anfrage (Drucksache 18/2077) hatte die CDU-Sportpolitikerin jüngst mehr Informationen von der Landesregierung eingefordert. „Minister Breitner lädt ein, empfängt Politiker aus Hamburg, Kiel und Lübeck – das Parlament erhält aber keine Informationen. Wir möchten nun gern einmal von der Landesregierung den Fahrplan erläutert bekommen. Die Bürgerinnen und Bürger haben auch ein Recht zu erfahren, was, wann und wo wie geplant ist“, beharrt Ostmeier auf den Kontrollrechten des Landtages gegenüber der Landesregierung.